



**Geschäftsführung  
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 11.10.2011

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 26.09.2011, 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Gisela Manderla CDU

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Henk Benthem van	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Frau Yvonne Gebauer	FDP
Herr Martin Schöppe	pro Köln

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Sengül Senol DIE LINKE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Herr Jörg Uckermann

auf Vorschlag von pro Köln

### **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

Frau Christiane Mauritz

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Anne Hauser

CDU

Frau Birgitta Nessler-Komp

CDU

Frau Marion Lüttig

GRÜNE

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Hanne Kirchhoff

auf Vorschlag der SPD

Herr Daniel Dahm

auf Vorschlag der Grünen

Herr Ashkan Lange

auf Vorschlag der FDP

Frau Elke Hoheisel-Adejolo

auf Vorschlag der Linken

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Fevzi Bayrak

auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Ebru Coban

auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Stephanie Stangier

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten-  
politik

## **Für die Bezirksschülervertretung**

Frau Judith Häuser

Die Verwaltung teilt mit, dass die aktuelle Ausgabe der **Schulpost**, der **Jahresbericht 2010 vom Amt für Weiterbildung** und eine aktuelle **Übersicht über die Angebote der RAA Köln** ausgelegt wurden.

**Herr Fellmann** hat sein Mandat als sachkundiger Einwohner niedergelegt.

## **Zur Tagesordnung**

**Frau Linke von der Bildungsberatung** wird vor Eintritt in die Tagesordnung die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2011 darstellen. Anschließend legt **Herr Dr. Meyer** die Konsequenzen daraus für das Übergangsmanagement dar.

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

-Die Anfragen unter TOP 3.2.2 bis TOP 3.2.3 (die Antworten von TOP 3.2.1 bis 3.2.3 als Tischvorlage). Die Beantwortung der mündlichen **Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann** zu den Schulsekretärinnen aus der letzten Sitzung wurde nicht rechtzeitig zur Sitzung fertig und wird der Niederschrift zu dieser Sitzung als Anlage beigelegt.

-Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu TOP 5.1 (AN/1712/2011);

Die Anlagen 1 und 1.1 zu TOP 5.1 werden als Tischvorlage vorgelegt.

-Die Vorlagen unter TOP 5.8 bis TOP 5.12 (davon Anlage 6.1 zu TOP 5.10 als Tischvorlage)

-Die Vorlage unter **TOP 5.11** zur Planungsaufnahme an der Gemeinschaftsschule Ernstbergstraße wurde abweichend von der angegebenen Beschlussfolge bei der **Bezirksvertretung Chorweiler** nicht zum 29.09., sondern **erst zum 17.11.2011** auf die Tagesordnung genommen.

-Die Mitteilungen unter TOP 6.3.9 bis TOP 6.3.18 (davon TOP 6.3.17 und TOP 6.3.18 als Tischvorlage; auch der Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen unter TOP 6.4 wurde als Tischvorlage vorgelegt)

-Die Beantwortung der mündlichen Anfrage unter TOP 11.1.2

-Die Mitteilung unter TOP 11.3.1

-Der **Bericht aus dem Unterausschuss Ganztagsbetreuung** (TOP 11.4) wurde nicht rechtzeitig zur Sitzung fertig und wird der Niederschrift als Anlage beigelegt.

-Die **Stellenbesetzungen** unter Top 12.1 bis TOP 12.6 wurden auf Grund der in den Ferien ablaufenden Fristen **im Rahmen von Dringlichkeitsentscheidungen beschlossen** und stehen zur Genehmigung an, während für die Stellenbesetzung unter TOP 12.7 die Frist noch läuft und zu entscheiden ist.

-Außerdem wurde die Tagesordnung ergänzt um die Vorlage unter TOP 13.1.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ergänzt, dass Frau Lüttig ihr Mandat niedergelegt hat und von Frau Kirsten Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, vertreten wird, die ihre Nachfolgerin werden soll. Außerdem habe Herr Dahm, sachkundiger Einwohner, vor Beginn der Sitzung unter Protest den Saal verlassen, weil er keinen

angemessenen Platz vorgefunden habe. Er bittet darum, dass zur nächsten Sitzung 5 eigene Plätze für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Verfügung stehen.

Frau Manderla merkt dazu an, dass man sicherlich eine Lösung für dieses Problem gefunden hätte, wenn sich Herr Dahm bei ihr gemeldet hätte.

Zur nächsten Sitzung wird eine Lösung des Platzproblems zugesagt.

*(Anmerkung des Schriftführers: Die nächste Sitzung am 05.12.2011 findet im Konrad-Adenauer-Saal im Historischen Rathaus, Zimmer 1.18, statt, der für die Sitzungsmglieder 10 Plätze mehr aufweist.)*

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 0.1 Vortrag über die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2011 und Konsequenzen für das Übergangsmanagement

#### **1 Niederschriften**

- 1.1.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 27.06.2011, 15:30 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anlage 1 zur Niederschrift: Präsentation "Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst: Stand der Dinge"

Anlage 2 zur Niederschrift: Unterstützungsangebote im Umgang mit auffälligen Schülern (Beantwortung der Anfrage AN/1312/2011) 2942/2011

Anlage 3 zur Niederschrift: Präsentation "Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln"

#### **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

#### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur Sprachstandserhebung Mitteilung 0981/2011 2601/2011

- 3.1.2 Anfrage der Bezirksschüler/innenvertretung Köln zum Hallenbad im Lentpark 2644/2011

3.1.3 Anfrage der Bezirksschüler/innenvertretung Köln  
3147/2011

3.2 Neue Anfragen

3.2.1.1 Umsetzung Schultoilettenkonzept  
AN/1483/2011

3.2.1.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates - Um-  
setzung Schultoilettenkonzept  
3866/2011

3.2.2 EU-Schulobstprogramm  
AN/1588/2011

3.2.3 Wie kann der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden?  
AN/1638/2011

**4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver-  
tretungen**

**5 Vorlagen der Verwaltung**

5.1. Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011  
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte Bil-  
dungs- und Zukunftschancen  
0252/2011

Überarbeitung der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung  
AN/1712/2011

5.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Apostelgym-  
nasium, Biggestr. 2, 50931 Köln  
1983/2011

5.3 Ausschreibung eines Rahmenvertrages für die Schuljahre 2012/13 bis  
2014/15 für die Beauftragung einer Unternehmensberatung zur Qualifizierung  
von schulischen Steuergruppen (Los1) und zur Nachqualifizierung von einzel-  
nen Steuergruppenmitgliedern (Los2)  
3069/2011

5.4 Einrichtung eines Bildungsganges an der Werner-von-Siemens-Schule, Eitor-  
fer Str. 18, 50679 Köln (BK 19) zum 01.08.2012  
3242/2011

5.5 Fortführung des Rucksack-Programms  
2900/2011

- 5.6 Konzept zur Gewaltprävention  
2239/2011
- 5.7 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket  
2560/2011
- 5.8 Einrichtung des Bildungsganges Fachoberschule Klasse 13 (FOS 13 Technik) in Kooperation des Berufskollegs Kartäuserwall (BK 16) und dem Berufskolleg Ulrepforte (BK 11) zum 01.08.2012.  
3253/2011
- 5.9 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14  
2715/2011
- 5.10 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln  
hier: Bäderzielplan auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008 für 2011 bis 2015  
2008/2011
- 5.11 Planungsaufnahme zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die offene Ganztagschule (OGTS), sowie den Anbau einer Aufzugsanlage für die Gemeinschaftsgrundschule GGS Ernstbergstr. 1, 50765 Köln (Blumenberg)  
2918/2011
- 5.12 Intensivierung der Schulsozialarbeit aus Mitteln des "Bildungspaketes" der Bundesregierung  
3812/2011
- 6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**
- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.3.1 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010  
2172/2011
- 6.3.2 Stellen Schulsozialarbeit  
2606/2011
- 6.3.3.1 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee  
2630/2011

- 6.3.3.2 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl-Marx-Allee  
3300/2011
- 6.3.4 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011  
2680/2011
- 6.3.5 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands - Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 28.03.2011 -  
2724/2011
- 6.3.6 Programm "Mittagspause PLUS" - Standards -  
2454/2011
- 6.3.7 Schulpolitischer Konsens in Nordrhein-Westfalen - die neue Sekundarschule Bezug: Gemeinschaftsschulen für Köln, 2. Antragsrunde; Vorlagennummer  
2418/2011  
3017/2011
- 6.3.8 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes hier: 3. Aktionstag "Mach Sport - vor Ort - Sportvereine lassen Schüler schnuppern"  
3405/2011
- 6.3.9 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket  
3166/2011
- 6.3.10 Angebotsübersicht der RAA für das 2. Halbjahr 2011  
3501/2011
- 6.3.11 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/2012  
3657/2011
- 6.3.12 Neue stellvertretende Leiterin der RAA  
3499/2011
- 6.3.13 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung  
3750/2011
- 6.3.14 Bewertung von bildung.koeln.de durch Stiftung Warentest  
3763/2011
- 6.3.15 Erprobung neuer Strukturen und Systeme anhand des Pilotbereiches "Campus Deutz"  
3293/2011

- 6.3.16 Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013 (Doppelabiturjahrgang)  
2345/2011
- 6.3.17 Projektbeginn Mülheim 2020  
3843/2011
- 6.3.18 Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen  
Sachstandsbericht Stand 20.07.2011  
3906/2011
- 6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau  
3884/2011
- 7 Anfragen**
- 8 Verschiedenes**

## I. Öffentlicher Teil

### 0.1 Vortrag über die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2011 und Konsequenzen für das Übergangsmanagement

Frau Linke von der Bildungsberatung trägt zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Schulabgängerbefragung 2011 vor. Diese Befragung wurde entwickelt in einem EU-Projekt und durchgeführt in Kooperation mit dem Büro Übergangsmanagement. Sie erfasst die Wünsche der Schüler/innen in Klasse 10 kurz nach dem Halbjahreszeugnis. Dabei ist der Wunsch, eine berufliche Ausbildung zu beginnen, im Durchschnitt von 34,8 % auf nur noch 27,8 % der Befragten gefallen, wobei dieser Wunsch vor allem bei den Hauptschüler/innen besteht. 1/3 der Befragten möchten auf ein Berufskolleg gehen und 10% mehr als noch 2007 möchten in die 11.Klasse des Gymnasiums oder der Gesamtschule wechseln.

Anschließend referierte Herr Dr. Meyer, Geschäftsführer des Büros Übergangsmanagement Schule-Beruf, über die Konsequenzen, die aus dieser Befragung gezogen werden. Das Büro Übergangsmanagement hat die Bezirksregierung, die Stadt und die Arbeitsgemeinschaft als Kooperationspartner und verfolgt im Wesentlichen 3 Ziele: 1. Die Verbesserung der Entscheidungsfähigkeit der Schüler/innen im Hinblick auf die Berufswahl, 2. Die Stärkung der Ausbildungsreife und 3. Die Verankerung der Berufsorientierung als Bestandteil der individuellen Förderung im Schulprogramm.

Als Konsequenz aus der Befragung will man als vordringliche Maßnahme die Praktika in den Klassen 8-10 –wie in den Hauptschulen bereits üblich- auch auf die anderen Schulformen ausweiten. Es soll in den Realschulen ein runder Tisch zur besseren Verankerung von Berufswahlorientierung durchgeführt werden. Dadurch soll sowohl in der Schülerschaft als auch bei den Eltern der Wunsch nach einer dualen Ausbildung verstärkt werden.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bemängelt, dass in 2 Vorlagen wie auch hier noch von der „11.Klasse Gymnasium“ die Rede ist. Dabei gibt es jetzt G8. Die „11.Klasse Gymnasium“ ist die „Q1“ und da ist zu differenzieren zwischen Gymnasium und Gesamtschule. Auch in der „Schulpost“ findet sich diese alte Bezeichnung. Es handelt sich dabei um die Listen vom vorigen Jahr. Diese sollten überarbeitet werden.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, möchte wissen, wie die erfragten Zahlen im Anschluss an die 10. Klasse tatsächlich aussehen: Ist die Befragung ein Abbild der Wirklichkeit?

Darauf antwortet Frau Linke, dass es zumindest bei den Hauptschulen eine relativ genaue Erfassung gibt, was im Anschluss beim Übergang tatsächlich passiert. Es gibt aber keine Längsschnittstudie dazu. Das wäre ein zu großer Aufwand. Es gibt jedoch eine von „Lernen vor Ort“ beauftragte Studie der Uni Köln, die an den Berufskollegs durchgeführt wird und zum Teil zurückblickt. Man erhofft sich daraus Erkenntnisse über erfolgreiche Zwischenschritte zum Erlangen einer Ausbildung.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, korrigiert, dass 80-90 % der Berufsschüler anschließend in die Ausbildung gehen. Der Ausbildungsanteil ist damit viel größer als in der Befragung genannt. Sie fragt: Woher kommt das bildungspolitische Ziel, dass Realschüler direkt in die Ausbildung gehen sollen? Wie sieht man demgegenüber das konträr dazu stehende OECD-Ziel zu höheren Bildungsabschlüssen? Die Unterneh-

men sind nicht geneigt, den Weg mitzugehen, Berufsausbildung und höhere Berufsabschlüsse zu kombinieren. Was unternimmt das Büro Bildungsmanagement, beide Ziele miteinander zu verbinden?

Herr Dr. Meyer antwortet darauf: 1. Es geht hier um Hochschulzugangsberechtigungen und nicht nur um das Abitur. Erstere haben sich entscheidend verbessert. Es gibt da eine größere Durchlässigkeit als allgemein bekannt. Mit einer Ausbildung kann man gut einen Meister machen und mit einem Meister hat man eine gute Hochschulzugangsberechtigung zur Fachhochschule.  
2. Das Büro ist die Exekutive: Es hat eine Steuerungsgruppe, in der auch die Wirtschaft vertreten ist.

Frau Linke ergänzt, dass es nicht darum geht, geeignete Jugendliche in den Sek2-Bereich zu geben, sondern vielmehr darum, Schüler/innen mit nicht realisierbaren Wünschen nach einer höheren Ausbildung in eine realisierbarere Richtung zu lotsen. Die Sekundarstufe 2, Fachhochschulreife und allgemeine Hochschulreife, bleibt aus bildungsberaterischer Sicht auch weiterhin das erste Ziel.

Auch Herr Philippi, SPD-Fraktion, weiß zu berichten, dass die Berufskollegs-Schüler/innen meistens einen Ausbildungsplatz finden. Die Zahlen von 1/3 müssten deshalb deutlich gesteigert werden. Bei berufsvorbereitenden Lehrgängen wird die Praktikumszeit in der Regel von den Betrieben anschließend nicht auf die Ausbildung anerkannt. Hier müsste mindestens die Hälfte der Zeit anerkannt werden. Er möchte noch wissen, wann genau der Befragungszeitraum war.

Frau Linke antwortet: Im Februar, also beim Wechsel. Realistisch gehen etwa 10% der Hauptschüler nachher in einen berufsvorbereitenden Lehrgang.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bezieht sich auf die Angabe, dass der Wunsch, in die 11.Klasse des Gymnasiums zu gehen, von 18,4 % auf 27,8% angestiegen ist und fragt im Hinblick auf die Schülerprognose für das Rheinland von IT NRW: Gehen Sie prognostisch davon aus, dass sich diese Zahl nicht nur so bestätigen, sondern auch noch weiter erhöhen wird?

Frau Linke kann das nicht voraussagen, doch gebe es da eine große Gruppe, die zwar den Wunsch besitzt, aber nicht die nötige Qualifikation dazu erreicht. Gerade das ist die Gruppe, die einen hohen Beratungsbedarf hat. Bisher hat aber noch jeder Schüler, der die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe besitzt, auch einen Platz bekommen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, zitiert den Workshop Businessplan Industrie: „Alle sollen höher qualifiziert werden“, muss aber in diesem Zusammenhang ein erhebliches Missverhältnis zwischen Jungen und Mädchen an den technisch-gewerblichen Schulen feststellen. Er möchte wissen: Wird da etwas dagegen unternommen?

Frau Linke nennt als Beispiel für eine Maßnahme die Fachhochschule, wo die Stärke der Mädchen in sogenannten „Mint-Fächern“ unterstützt wird. Die Beratung bei der Studienwahl unterstützt besonders die Fachhochschule. Das sei keine Aufgabe der Bildungsberatung.

Frau Manderla wendet dagegen ein, dass die Beratung in Richtung Mint-Fächern nicht der Fachhochschule überlassen bleiben sollte.

Dazu sagt Frau Dr. Klein, dass man bereits mit Schulen und der Universität zusammen eine Initiative startet, um gegenzusteuern.

Frau Kellinghaus-Klingberg, sachkundige Einwohnerin, möchte zum Thema Inklusion wissen, wo Schüler mit Behinderung in der Statistik auftauchen.

Frau Linke weist darauf hin, dass dies kein Kriterium bei der Befragung der persönlichen Daten war und Herr Dr. Meyer ergänzt noch, dass Inklusion durchaus ein Thema beim Übergangsmanagement in der Steuerungsgruppe ist: Eine Integration in die Berufsorientierungsprogramme sei jedenfalls gegeben. Fraglich ist nur, was tatsächlich im Anschluss passiere. Er will dieses Thema aber gerne als Aufgabe mitnehmen.

## **1        Niederschriften**

### **1.1.1    Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 27.06.2011, 15:30 Uhr bis 19:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119**

**Anlage 1 zur Niederschrift: Präsentation "Bildungslandschaft Höhenberg-Vingst: Stand der Dinge"**

**Anlage 2 zur Niederschrift: Unterstützungsangebote im Umgang mit auffälligen Schülern (Beantwortung der Anfrage AN/1312/2011) 2942/2011**

**Anlage 3 zur Niederschrift: Präsentation "Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln"**

Die Niederschrift sowie die Anlagen dazu wurden vorab zur Verfügung gestellt. Sie werden zur Kenntnis genommen und ohne Änderungswünsche freigegeben.

## **2        Gleichstellungsrelevante Themen**

### **3        Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1     Frühere Anfragen**

##### **3.1.1    Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates zur Sprachstandserhebung Mitteilung 0981/2011 2601/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.2 Anfrage der Bezirksschüler/innenvertretung Köln zum Hallenbad im Lentpark  
2644/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.3 Anfrage der Bezirksschüler/innenvertretung Köln  
3147/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

**3.2 Neue Anfragen**

**3.2.1.1 Umsetzung Schultoilettenkonzept  
AN/1483/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

**3.2.1.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates -  
Umsetzung Schultoilettenkonzept  
3866/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen. Frau Manderla wundert sich, dass die zugesagte Liste noch immer nicht bei der Verwaltung vorliegt und will dies klären.

**3.2.2 EU-Schulobstprogramm  
AN/1588/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

**3.2.3 Wie kann der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt werden?  
AN/1638/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

**4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

**5 Vorlagen der Verwaltung**

**5.1 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011  
Ziele, Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für gerechte  
Bildungs- und Zukunftschancen**

**0252/2011**

**Überarbeitung der Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung**

**AN/1712/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt. Der Antrag der CDU-Fraktion lag als Tischvorlage vor.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, begründet den vorgelegten Antrag seiner Fraktion: Die Gemeinschaftsschule zieht sich wie ein rot-grüner Faden durch das ganze Konzept des Schulentwicklungsplans. Der Änderungsantrag zielt nun weder auf die Gemeinschaftsschule, noch auf die Verbundschule ab. Beide Möglichkeiten gibt es auf Grund des schulpolitischen Konsenses nicht mehr. Die CDU-Fraktion findet, dass es nicht ausreicht, auf den schulpolitischen Konsens lediglich hinzuweisen. Stattdessen muss das Papier in geeigneter Weise überarbeitet werden mit anderen Alternativen der Verwaltung als Ersatz. Die Verwaltung soll –nur bezogen auf den Schulbereich– prüfen, ob die Sekundarschule eine Antwort auf die Fragen sein kann, wo keine Gemeinschaftsschule mehr sein darf.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, weist nochmals darauf hin, dass die Fraktionen von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen den Ansatz der Verwaltung ausdrücklich loben. Der Antrag der CDU-Fraktion sei überflüssig, weil zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage, also im Frühjahr, der schulpolitische Konsens so noch gar nicht absehbar war. Die Landesregierung hatte bei den Gemeinschaftsschulen ein extrem enges Zeitfenster vorgegeben. Bevor man nun mit einer 3. Befragung Zeit verliert, sollte man zunächst klären, was tatsächlich im Gesetz steht und dann zusehen, welche Schulformen an welchem Standort die Richtigen sind. Die SPD-Fraktion schließt sich deshalb der Verwaltungsvorlage an und lehnt den CDU-Antrag ab.

Frau Manderla ist dagegen der Meinung, dass zu einer Überarbeitung des Schulentwicklungsplanes dann auch noch die Zeit vorhanden ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, weist darauf hin, dass der einzige Unterschied zur Gemeinschaftsschule darin bestehe, dass die Sekundarschule keine Oberstufe hat. Es handele sich fast nur um eine redaktionelle Änderung. Im Wesentlichen sind die zentralen Ziele, die im Schulentwicklungsplan aufgeführt werden, beibehalten worden. Deshalb schlägt er vor, den Text der Vorlage entsprechend zu ergänzen mit kleinen Erläuterungen des Unterschieds zwischen Sekundarschule und Gemeinschaftsschule und als Anlage mit in den Rat zu geben. Die Einarbeitung der Vorschläge der Bezirksvertretung sei im laufenden Beratungsprozess gewährleistet. Niemand könne ernsthaft einen Neudruck des dicken Buches „Integrierter Schulentwick-

lungsplan“ wollen. Deshalb soll dieser in seinen Augen hervorragende Bericht als Rahmenplan so belassen werden.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, möchte den Vorgang lieber als „Anpassung an die vorhandenen Realitäten“ bezeichnet wissen. In Bezug auf zitierte Fachtagungen möchte sie anmerken, dass es dabei auch auf die Ausgewogenheit der eingeladenen Referenten ankomme. Das sei steuerbar. Wenn jemand behauptet, dass die Gemeinschaftsschule für Köln gewünscht ist, so möchte sie daran erinnern, dass es auch Parteien mit einer anderen Linie gibt. Es seien durchaus Unterschiede zwischen einerseits dem Eckpunktepapier, andererseits dem Gesetzesentwurf und dem, was das Ministerium daraus macht: Sie hält die Reduzierung der Klassenfrequenz im Gesetzesentwurf von 28 auf 26, ohne dass dafür ein Zeitplan in Ansatz gebracht wurde, für halbherzig. Die Realität liegt, insbesondere an den Gymnasien, nicht bei 28 Kindern pro Klasse, sondern eher zwischen 32 und 34. Wer das verschweigt sei unehrlich. Darüber hinaus ist Frau Gebauer in Sorge, dass auch die Realschulen in Zukunft umgewandelt werden sollen. Es wird in dem Papier immer wieder erwähnt, dass die Realschulen an Akzeptanz verlieren. Sie kommt nicht zu dieser Überzeugung. Hier handele es sich um eine Meinung. Die Realschule sei eine stabile Form und deshalb müssten alle Sätze, die etwas anderes behaupten, aus dem Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan gestrichen werden.

Weiterhin nimmt Frau Gebauer Bezug darauf, dass die neue Landesregierung unter der SPD das Vorziehen des Einschulungsalters gestoppt hat, wobei mit worst case-Zahlen gearbeitet wurde. Man habe sehr lange auf den Schulentwicklungsplan gewartet. Das vorgelegte Ergebnis sei ein Novum, das durchaus seine Aufmerksamkeit verdient. Wenn sich aber bei den Schülerzahlen und durch die Rücknahme der Gemeinschaftsschule etwas geändert hat, so müssen diese Veränderungen auch in den Schulentwicklungsplan eingearbeitet werden. Sie möchte deshalb den CDU-Antrag dahingehend ergänzen, dass sie die Verwaltung bittet, auch die positiven Auswirkungen durch den Stopp des Vorziehens des Einschulungsalters aufgeschlüsselt auf die Stadtteile entsprechend darzulegen.

Frau Manderla nimmt diesen Vorschlag als Ergänzung zum Antrag der CDU-Fraktion auf.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bemerkt, dass Herr Thelen die Unterschiede zwischen Gemeinschaftsschule und Sekundarschule verkürzt dargestellt hat. Die Sekundarschule kann durchaus auch 2-zügig eingerichtet werden und sie unterrichtet nach den Lehrplänen von Gesamtschule und Realschule. Er plädiert deshalb dafür, dass die Verwaltung ihre Vorstellungen auf Grund der neuen Rechtsgrundlage nochmals überprüft.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, bemängelt, dass der Schulentwicklungsplan voreuseilend ohne eine entsprechende Gesetzesgrundlage in den Druck gegangen ist. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zustimmen, weil dieser das kleinere Übel sei. Weitere Ausführungen dazu will seine Fraktion im Rat vortragen.

Frau Dr. Klein stellt fest, dass ein Federstrich des Schulgesetzgebers ganze Pläne zu Makulatur machen kann. Die Verwaltung ist deshalb froh, mit dem vorgelegten Schulentwicklungsplan einen Rahmenplan geschaffen zu haben. Dass das Thema Gemeinschaftsschule/Sekundarschule bzw. Verbundschule überarbeitet werden muss ist selbstverständlich. Wenn jetzt gewünscht wird, dass die Verwaltung den Schulentwicklungsplan redaktionell an die Gesetzeslage anpasst, dann schlägt sie vor, abzu-

warten bis aus dem Gesetzesentwurf ein gültiges Gesetz geworden ist. Im Übrigen geht es nicht darum, mit dem Schulentwicklungsplan Schulformen in Schwierigkeiten zu bringen. Die Realschulen sind stabil und bleiben auch derzeit stabil. Sie sind aber in einer mittleren Stabilität: Sie profitieren von der Wanderbewegung von den Hauptschulen zu den Realschulen, geben aber Schüler/innen an die Gymnasien ab. Auch der Stopp des früheren Einschulungsalters macht eine Anpassung des Schulentwicklungsplanes erforderlich. Er ist zumindest für den Schulbereich eine Erleichterung. Im KiTa-Bereich gibt es in Köln bei den 3-6-Jährigen mit Rechtsanspruch wachsende Zahlen, sodass auch dort eine Anpassung erforderlich ist, weil mehr KiTa-Plätze benötigt werden.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass an Stelle eines ständigen Umschreibens und Anpassens der Pläne die Umsetzung der Pläne in konkrete Projekte wichtiger ist. Und das bedeutet, dass hier über rund 10 neue Schulen geredet wird.

Daraufhin wird zunächst über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt, wobei Frau Gebauer für das Protokoll erneut darauf hinweist, dass die Realschule eine stabile Form ist und deshalb ihre Fraktion alle Sätze, die etwas anderes behaupten, aus dem Schulentwicklungsplan gestrichen haben möchte. Dem schließt sich Frau Manderla für die CDU-Fraktion an.

#### **Beschluss zum Änderungsantrag:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung auf Grundlage des schulpolitischen Konsenses von den Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in NRW, die vorgelegte „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ zu überarbeiten und den rechtlich gültigen Rahmenbedingungen anzupassen. Dies bedeutet insbesondere, dass die Verwaltung sämtliche Aussagen über die Einführung von Gemeinschaftsschulen bzw. Verbundschulen streicht und stattdessen rechtlich einwandfreie Alternativen formuliert. Ebenso wird die Verwaltung aufgefordert, die Implementierung von Sekundarschulen zu prüfen und gegebenenfalls in die „Integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ einzuarbeiten. Die überarbeitete Fassung ist dem Schulausschuss erneut zur Beratung vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag:**

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln mehrheitlich abgelehnt.

#### **Beschluss zur ursprünglichen Vorlage:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die „Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung Köln 2011“ zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen zur Kenntnis.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die strategischen Aussagen des Berichtes für die Detailplanungen der nächsten Jahre zu Grunde zu legen. In den daraus resultierenden Beschlussvorlagen sind die Kommentierungen und Anregungen der Bezirksvertretungen einzubeziehen.

### **Abstimmungsergebnis zur ursprünglichen Vorlage:**

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und von Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion ProKöln dafür. Die FDP-Fraktion enthält sich der Stimme.

### **5.2 Planungsaufnahme zur Errichtung eines Erweiterungsbaus am Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln 1983/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Apostelgymnasium, Biggestr. 2, 50931 Köln, um das Raumprogramm für ein Gymnasium mit 3 Zügen in der Sekundarstufe I und 5 Zügen in der Sekundarstufe II zu erfüllen und beauftragt die Verwaltung unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen und im Rahmen der Ganztagsoffensive der Sekundarstufe I mit Priorität voranzutreiben.

Der Planung ist das in beigefügter Raumlise (Anlage 1) aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen. Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Zudem beschließt der Rat gemäß § 81 Schulgesetz die Erhöhung der Zügigkeit in der Sekundarstufe II von 4 auf 5 Züge. In der Sekundarstufe I wird die 3-Zügigkeit weiterhin beibehalten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

### **5.3 Ausschreibung eines Rahmenvertrages für die Schuljahre 2012/13 bis 2014/15 für die Beauftragung einer Unternehmensberatung zur Qualifizierung von schulischen Steuergruppen (Los1) und zur Nachqualifizierung von einzelnen Steuergruppenmitgliedern (Los2) 3069/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla möchte wissen, aus welchen Mitteln die Maßnahme finanziert werden soll.

Frau Heuer antwortet, dass eine Finanzierung aus den übrig gebliebenen Geldern für die selbständige Schule erfolgt.

Dazu fragt Frau Manderla nach, dass ihres Wissens nach lediglich 100.000 Euro für die selbständige Schule zur Verfügung stehen, während für das komplette Programm 137.000 Euro benötigt werden.

Frau Heuer ergänzt, dass die Gelder jährlich zur Verfügung stehen. Da der Klärungsprozess etwas gebraucht hat, sind hier noch Reserven vorhanden.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, erinnert daran, dass es bisher schon zahlreiche Qualifizierungen der Steuergruppen gegeben habe und fragt nach, ob es dazu einmal eine Evaluation gegeben hat, was für Veränderungen diese tatsächlich in den Schulen gebracht haben.

Frau Heuer antwortet, dass es eine solche Evaluation bisher nicht gibt und im Rahmen des Lenkungskreises besprochen werden müsste, in wie weit eine solche überhaupt möglich ist.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung, einen Rahmenvertrag für die Schuljahre 2012/13 bis 2014/15 für die Beauftragung einer Unternehmensberatung zur Qualifizierung von schulischen Steuergruppen (Los 1) und zur Nachqualifizierung von einzelnen Steuergruppenmitgliedern (Los 2) auszuschreiben.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**5.4 Einrichtung eines Bildungsganges an der Werner-von-Siemens-Schule, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln (BK 19) zum 01.08.2012  
3242/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung des Bildungsganges:

Zweijährige höhere Berufsfachschule, Fachrichtung: Technik, fachlicher Schwerpunkt: Elektrotechnik, Profilbildung: Energie-/Automatisierungstechnik gem. § 22 Abs. 5 SchulG i.V.m. Anlage C APO-BK zum 01.08.2012 an der Werner-von-Siemens-Schule Eitorfer Str. 18, 50679 Köln (BK 19).“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**5.5 Fortführung des Rucksack-Programms  
2900/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, weist darauf hin, dass am Tag der Sitzung bei der Bezirksregierung Köln die Preisverleihung zum vom Bundespräsidenten ausgelobten Wettbewerb „Deutschland – Land der Innovationen“ stattgefunden hat. Von 2.600

Einsendungen hat das Kölner Projekt „Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration“ gewonnen, dessen fundamentaler Bestandteil das Rucksackprojekt ist. Er appelliert an die Mitglieder des Ausschusses, dieses wichtige Projekt auch weiterhin zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die benötigten Mittel zur Verfügung stehen.

Frau Manderla schließt sich im Namen des Ausschusses dem Lob an.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt zur kontinuierlichen Weiterführung des Projekts, im Vorgriff auf die Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2012 und vorbehaltlich der Zuteilung der erhöhten Zuwendungen des Landes, das bisher als Regelangebot bestehende Grundprogramm *Rucksack* zur Sprachförderung und Elternbildung im aktuellen Umfang von 16 Gruppen unbefristet fortzusetzen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 59.000 € sind in den Haushaltsplänen der Jahre 2012 ff wie folgt vorzusehen:

10.000 € im Teilplan 604 Kinder und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen)

39.500 € im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen),

9.500 € im Teilplan 0414 Volkshochschule, Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen).

Die Refinanzierung der im Teilplan 0414 entstehenden Aufwendungen erfolgt durch zusätzliche Erträge im Teilplan 0414, Teilplanzeile 02 (Zuwendungen und allg. Umlagen).“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **5.6 Konzept zur Gewaltprävention 2239/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, dankt den vielen handelnden Akteuren. Ihr fehlen jedoch konkrete Handlungsempfehlungen, die sie sich für die Zukunft wünscht. Zwar sind die Probleme im Gewaltbereich detailliert und für Unbedarfte erschreckend aufgeführt, aber nicht, wie man ihnen begegnen kann.

Dem hält Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, entgegen, dass Köln über ein ausgeprägtes gutes Netzwerk im Bereich der Gewaltprävention verfügt. Eine Bestandsaufnahme der vielen vorhandenen Projekte ist durchaus enthalten.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt die intensive Arbeit und besonders, dass die Schule bei der präventiven Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wird.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt das vorliegende Konzept zur Gewaltprävention im Kinder- und Jugendschutz.

Er beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit Polizei, mit Trägern, mit Vereinen und Schulen mit der Konkretisierung von Entwicklungsimpulsen für die einzelnen Handlungsfelder im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII „Jugendschutz/ Gewaltprävention“.

Bis Ende 2012 sind dem Rat die Ergebnisse des weiteren Beratungsprozesses vorzulegen.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

### **5.7 Nachrang von Köln-Pass-Leistungen gegenüber Leistungen aus dem Bildungspaket 2560/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla kritisiert vorab die schwere Lesbarkeit dieser Vorlage.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, möchte zunächst wissen, wie hoch die Zahl der Antragsteller derzeit liegt und darüber hinaus, was mit dem von der Stadt Köln durch das Bildungspaket eingesparten Geld gemacht wird.

Frau Dr. Klein teilt mit: Köln steht derzeit bei ca. 28%, was etwas über dem Bundesdurchschnitt liegt. Sie warnt davor, sich vorzeitig Hoffnungen auf große Einsparungen zu machen, da die Zahlen wegen der hohen bürokratischen Hürden nur langsam hoch gehen und es ist möglich, dass der Bund seine Fördergelder entsprechend kürzt, so dass man schwer voraussagen kann, wie hoch die tatsächliche Einsparung sein wird. Aus der höheren Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten soll das Bildungspaket finanziert werden. Ein Teil davon ist etwa die Schulsozialarbeit. Im Rahmen einer Revision will der Bund im Jahr 2013 mit den Kommunen im Rahmen einer Schlussrechnung abrechnen. Somit steht im Moment noch kein Geld aus dem Bildungspaket für andere Dinge zur Verfügung. Es ist möglich, dass der Bund bei einer 28 %-igen Beteiligung auch nur 28 % der errechneten Summe zur Verfügung stellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, fragt nach, ob bei einer höheren Beteiligung auch höhere Gewinne für die Stadt Köln zu erwarten seien.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass bei einer 100 %-igen Antragstellung nicht so große Anstrengungen erforderlich seien, die zur Verfügung gestellten Mittel auch zu bekommen.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte wissen, ob es Gespräche der kommunalen Spitzenverbände mit der Bundesregierung gibt, eine Vereinfachung des Verfahrens zu erreichen, um die Zahl der berechtigten Antragsteller zu steigern.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es solche Überlegungen auf verschiedenen Ebenen gibt: Neben dem Städtetag gibt es eine Allianz der großen Städte (z.B. hat sie Kontakt aufgenommen zu Frankfurt, München und Hamburg) und –zumindest war das aus der Presse so zu entnehmen- eine Initiative auf Landesebene. Der Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat zusammen mit der Sozialministerin von Bayern angekündigt, dass sie eine Bundesratsinitiative starten wollen, wenn sich die Anmeldezahlen nicht deutlich nach oben verändern. Somit ist eine Reaktion auf verschiedenen Ebenen zu erwarten.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt rückwirkend zum 01.01.2011 den Nachrang der Köln-Passbedingten Vergünstigungen in Bezug auf deckungsgleiche Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Soweit hierzu weitergehende Anpassungen in den bestehenden Entgelt- und Benutzungsordnungen, Entgelt- und Honorarordnungen oder Satzungen mit entsprechenden Ermäßigungstatbeständen erforderlich werden, wird die Verwaltung beauftragt, diese kurzfristig vorzunehmen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**5.8 Einrichtung des Bildungsganges Fachoberschule Klasse 13 (FOS 13 Technik) in Kooperation des Berufskollegs Kartäuserwall (BK 16) und dem Berufskolleg Ulrepforte (BK 11) zum 01.08.2012. 3253/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ist aufgefallen, dass in dieser Vorlage durchweg nur die maskuline Form verwendet wird. Er bittet darum, dies zu ändern, wenn es nicht zu viele Umstände macht.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Schulgesetz NRW (SchulG) die Einrichtung des Bildungsganges:

Fachoberschule Klasse 13 (FOS 13), Fachrichtung: Technik mit den Schwerpunkten Naturwissenschaften bzw. Bau- und Holztechnik in Vollzeitform gem. § 22 Abs. 5 SchulG i.V.m. Anlage D 29 APO-BK zum 01.08.2012 in Kooperation der beiden Berufskollegs Kartäuserwall (BK 16) und Ulrepforte (BK 11).“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **5.9 Änderungsbeschlüsse zur Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes an weiteren Kölner Schulen ab Schuljahr 2012/13 und 2013/14 2715/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Manderla lobt diese Vorlage als sehr positiv.

Frau Dr. Klein informiert darüber, dass ein positiver Beschluss dieser Vorlage dazu führen würde, dass Köln bei den weiterführenden Schulen eine Ganztagsquote von 66 % erreicht, die noch über der hohen Quote (64 %) der Grundschulen liegt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass seine Fraktion dies sehr gut findet, doch läuft der Ausbau des gebundenen Ganztages an weiterführenden Schulen bereits seit 5 Jahren und ist damit kein Verdienst der neuen Landesregierung. Er möchte wissen, ob die neue Landesregierung explizit Gelder für den Ausbau des Ganztages zur Verfügung gestellt hat.

Hierzu führt Frau Dr. Klein aus, dass sie sich gerne zurück erinnert, als der Rat seinerzeit über die Vorlage zur Bereitstellung von 280 Millionen Euro für Investitionen für den offenen Ganztage in einer halben Minute beschlossen hat. Bereits damals wurde auch die Bereitstellung der Gelder für den gebundenen Ganztage mit beschlossen und auf den Weg gebracht, die nun benötigt werden. Ein kleines Programm der früheren Landesregierung, das bis zu 100.000 € je Schule zur Verfügung gestellt hat, wird so nicht fortgeführt. Derzeit gibt es kein neues Investitionsprogramm zum Bauen. Der Lehrerschlag für die Lehrerstellen steht aber auch weiterhin zur Verfügung.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt für seine Fraktion, dass weitere Schulen in den Ganztage gehen. Für den Fall, dass aber die Bautätigkeiten nicht bis zum Start der neuen Ganztage Schulen abgeschlossen sind, fragt er die Verwaltung, ob diese einen „Plan B“ hat. Er hat erst unlängst im Montessori-Gymnasium erfahren müssen, dass die Stadt Versprechungen abgegeben hat, die nicht eingehalten werden. Er bittet deshalb dringend darum, mit den beteiligten Schulen Ersatzpläne abzustimmen -wie etwa das Essen in den Klassen auszuteilen-, um kostenintensive Provisorien zu vermeiden. Im Übrigen war er empört über die geringen Gelder, welche die Landesregierung zu den enormen tatsächlichen Kosten der Einführung des Ganztages beigetragen hat. Wenn es aber stimmt, dass die neue Landesregierung gar keine Zuschüsse mehr dazu gibt, dann müsste dagegen etwas unternommen werden.

Frau Manderla stimmt für ihre Fraktion dieser Meinung zu.

Frau Dr. Klein nimmt die Anregung, jeweils einen „Plan B“ abzusprechen, gerne mit in die Quartalsgespräche mit den Realschulen und Gymnasien, doch wird die Verwaltung keine Provisorien mehr errichten lassen. Bei Verzögerungen im Bau muss dann notfalls der Zeitraum zur Einführung des Ganztages nochmals hinausgezögert werden.

Frau Manderla regt an, den Beschluss zu ergänzen, dass auf eine Wiedervorlage verzichtet wird, wenn die nachfolgenden Beschlussgremien dem Beschlussentwurf unverändert zustimmen.

Damit sind die anderen Fraktionen einverstanden.

## **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, beginnend mit der Jahrgangsstufe 5, die Einführung des Ganztagsbetriebs gem. § 9 Abs. 1 SchulG NRW an den Gymnasien:

1. Apostelgymnasium, GY Biggestraße 2, 50931 Köln-Lindenthal
2. Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium, GY Nikolausstraße 51-53, 50937 Köln-Sülz,
3. Genovevagymnasium, GY Genovevastraße 58-62, 51063 Köln-Mülheim

### **zum 01.08.2012**

und an den Schulen:

1. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, GY Severinstraße 241, 50676 Köln-Altstadt/Süd,
2. Eichendorf-Schule, Realschule Dechenstraße 1, 50825 Köln-Neuehrenfeld
3. Hauptschule Rendsburger Platz 1, 51065 Köln-Mülheim

### **zum 01.08.2013.**

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, an den Standorten der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben.

Für die Schulen, die den Ganztagsbetrieb einführen, sind unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen herbeizuführen.

Der Rat beschließt zum Stellenplan 2012 die Zusetzung von 0,04 Stelle Schulsekretär/in auf der Basis folgender Bewertung:

Gymnasien / Realschulen = VGr. VII/VIb, Fg. 1b/1b BAT entspricht EG 5 TVöD;  
Hauptschulen = VGr. VII, Fg. 1a BAT entspricht EG 5 TVöD.

Die weiterhin erforderlichen Stellenzusetzungen erfolgen sukzessive entsprechend der jahrgangsweise aufbauenden Aufnahme des Ganztagsbetriebs (siehe Anlage 8). Danach ergibt sich insgesamt ein zusätzlicher Mehrbedarf von 0,46 Stellen ab dem Schuljahr 2018/19, der dauerhaft bereitzustellen ist.

Sollte der Stellenplan 2012 zum Zeitpunkt der notwendigen Stelleneinrichtungen noch nicht in Kraft getreten sein, werden verwaltungsinterne Stellenverrechnungen im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die im Hj. 2012 entstehenden zusätzlichen Personalkosten in Höhe von 736,71 € werden im Rahmen der im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, veranschlagten Mittel bereitgestellt. Die in den Folgejahren zusätzlich entstehenden Personalkosten (Hj. 2013 = 3.230,59 €, Hj. 2014 = 6.740,59 €, Hj. 2015 = 10.250,58 €, Hj. 2016 = 13.760,58 €, Hj. 2017 = 16.533,87 €, Hj. 2018 = 18.030,20€, ab Hj. 2019 = 18.722,00 €) sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, zusätzlich bereitzustellen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf einen 2. Durchgang, sofern die nachfolgenden Beschlussgremien dem Beschlussentwurf unverändert zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

**5.10 Weiterentwicklung des Bäderkonzeptes in Köln  
hier: Bäderzielplan auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008  
für 2011 bis 2015  
2008/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt (Anlage 6.1 als Tischvorlage).

Herr van Benthem, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion dem Bäderzielplan nicht zustimmen wird, weil für die Öffentlichkeit die beiden Leuchtturmbäder Nippes und Weiden an mehr als 2 ½ Tagen völlig geschlossen sind. Außerdem werden die Zahlen im Bäderkonzept zum Teil falsch dargestellt: Auf Seite 36 wurde z.B. der Zeitraum von 6.30 h bis 8 h im Diagramm genau so hoch dargestellt wie der Zeitraum von 8 h bis 16 h. Wenn 28 Millionen Euro ausgegeben werden, muss auch die Öffentlichkeit an Werktagen vollen Zutritt zu den Bädern haben. Das geht nur, wenn die beiden Bäder Weiden und Nippes als Gruppenbäder offen gelassen werden. Der frühere Oberbürgermeister hatte die Leuchtturmbäder als besondere Touristenattraktion angepriesen und da ist es keine gute Werbung für die Stadt Köln, wenn diese während der Woche überwiegend wegen Schulsport für die Öffentlichkeit geschlossen sind.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, wendet ein, dass das Bäderkonzept bereits seit Juni 2011 auf dem Tisch ist. Die SPD-Fraktion steht ohne Einschränkung zu diesem Konzept, das sie auch für ausgewogen hält. Er wundert sich über den Antrag der CDU-Fraktion, die noch vor kurzem die Bäder Nippes und Weiden schließen wollte. Im bundesdeutschen Vergleich stehe Köln positiv da, weil hier Bäder gebaut werden und anderswo Bäder geschlossen werden. Der SPD-Fraktion ist es wichtig, dass das Schulschwimmen 1:1 umgesetzt wird. Er votiert für den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zusammen mit den Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und FDP, der ausgerichtet ist auf das Jahr 2015 und eine Fortschreibung mit jährlicher Vorlage im Sportausschuss vorsieht. Steigende Bevölkerungszahlen in Köln haben dazu geführt, dass die Vorlage so wie im Sportausschuss ausgeführt ergänzt werden soll.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, schließt sich diesen Ausführungen an. Bei dem Bäderzielplan handelt es sich um ein ehrgeiziges Projekt mit einem Gesamtvolumen von 120 Millionen Euro. Dass das Nippesbad vor einigen Jahren zum Gruppenbad gemacht wurde, hing damit zusammen, dass die Besucherzahlen zurückgegangen sind. Bäder, die nicht angenommen werden, zu erhalten, ist bei der finanziellen Lage der Stadt nicht mehr zu vertreten. Stattdessen hat man Bäder attraktiviert, Bäder neugebaut und die Wasserfläche erhöht. Dies wird von der CDU-Fraktion nicht wahrgenommen. Verschlechterungen bei der Entfernung müssen gegengerechnet werden mit den Gesamtverbesserungen für die Gesamtstadt. Herr Thelen hat sich genau angesehen, wo die Wege weiter geworden sind und kommt zu dem Ergebnis, dass dies zumutbar ist. Demgegenüber würden enorme Kosten zur Erhaltung maroder Bäder stehen.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, erinnert daran, dass er bereits in der Ausschusssitzung vom 27.06.11 und in jeder Sitzung, wo das Bäderkonzept diskutiert wurde, nachgefragt hat, ob die Stadt Köln genau so viel Geld einbringt wie zahlende Gäste. Seine Fraktion habe sich erkundigt und herausgefunden, dass im Schwimmbad in Nippes, das 10 Stunden werktags geöffnet hat, keine einzige Bahnstunde mehr frei ist. Die Lehrer hätten ihm einhellig gesagt, dass durch die Anfahrt zu diesem Bad von der Nettoschwimmzeit etwas verloren geht. Die von der Stadtverwaltung vorgelegten Zahlen bezüglich der Anfahrtszeiten sind falsch und zu kurz angegeben. Er schlägt vor, für eine Versuchsphase von 1 Jahr den Status Quo zu erhalten, um zu prüfen, ob die Akzeptanz in der Bevölkerung tatsächlich zu Gunsten der neuen Bäder zurückgeht und erst dann die Bäder in Nippes und Weiden zu schließen. Insbesondere im Hinblick auf den Gesundheitssport geht er davon aus, dass man lieber in diesen beiden Bädern bleibt.

Auch Herr Lorenz, Bezirksschülervertretung, möchte mehr Öffentlichkeit in die Schwimmbäder bringen und dies erreichen durch einen Freitag bei freiem Eintritt ähnlich wie im Museum. Allerdings sei auch die Bezirksschülervertretung dafür, dass die beiden Schwimmbäder Nippes und Weiden geschlossen werden.

Frau Kellinghaus-Klingberg, sachkundige Einwohnerin, begrüßt, dass durch die Neubauten jetzt neue barrierefreie Bäder entstehen.

Herr van Benthem, CDU-Fraktion, stellt klar, dass man ihn falsch verstanden hat, wenn man meint, dass er nicht gut findet, was die KölnBäder in Köln machen.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, bemerkt zum Thema, dass gerade dann, wenn große Teile der Lentstraße während der Woche für Schulschwimmen genutzt werden, nicht verständlich ist, dass keine Sprunganlage berücksichtigt wurde und zum Springen auf andere Bäder verwiesen wird. Sie fragt nach, warum auf den Sprungturm verzichtet wurde.

Herr van Benthem, CDU-Fraktion, antwortet, dass im Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH ausgiebig darüber beraten wurde. Die Leuchtturmprojekte hatten dabei einen sehr hohen Stellenwert. Dort, wo die Öffentlichkeit hingehet, sind 3m-Türme und 5m-Türme auch im Vergleich mit anderen Städten mittlerweile verzichtbar. Die CDU hat damals nicht gewusst, dass die Lentstraße und das Bad in Müngersdorf so stark von Schulen genutzt werden sollen. Vereine und Schulen brauchen keine Aufhübschung der Bäder, sondern vorrangig eine funktionelle intakte Einrichtung. Hierzu gab es im Aufsichtsrat eine einstimmige Entscheidung, weil die für Schulen und Schwimmvereine benötigte Infrastruktur in Weiden und Nippes vorhanden ist.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt nach, wer eigentlich in der Diskussion mit „Öffentlichkeit“ gemeint ist. Sie weist darauf hin, dass **Kinder und Jugendliche** heute vermehrt bis 16 Uhr in den Schulen sind, im Schulsport, in den Offenen Ganztagschulen oder in weiterführenden Schulen. Deshalb besteht dort bis 16 Uhr und mit steigender Tendenz kein wesentlicher Bedarf. Außerdem ist für das Bronzezeichen nur ein Sprung vom 1m-Becken erforderlich.

Frau Dr. Klein bestätigt dies und sagt, dass im Lentpark das Bronzezeichen gemacht werden kann. Welche Schulen im Lentpark und in Müngersdorf wann schwimmen können wurde auf der vorletzten Seite des Bäderkonzeptes 1:1 abgebildet. Für einige Schüler/innen wurde die Entfernung geringfügig erhöht. Für andere ist es näher ge-

worden. Im Sportausschuss wurde von der KölnBäder GmbH zum Thema Sprungturm eine ausführliche Stellungnahme vorgelegt, die dem Protokoll angehängt wird.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, beantragt, im nicht-öffentlichen Teil die Ergebnisse der Abstimmung im Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH mitgeteilt zu bekommen. Dies wird als rechtlich nicht zulässig zurückgewiesen.

Auf Antrag von Herrn Philippi, SPD-Fraktion, wird anschließend über die Vorlage in der Fassung abgestimmt, wie sie im Sportausschuss beschlossen wurde, nämlich mit der Option der Weiterentwicklung.

**Beschluss (wie in der Fassung des Sportausschusses):**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln nimmt den Bäderzielplan auf Basis des Ratsbeschlusses vom 29.01.2008 für 2011 bis 2015 zur Kenntnis und weist sämtliche von ihm in den Aufsichtsrat der KölnBäder GmbH entsandten Mitglieder gemäß §§ 113 Absatz 1 Satz 2, 108 Abs. 5 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages der KölnBäder GmbH sowie die Vertreter in der Gesellschafterversammlung der KölnBäder GmbH an, darauf hinzuwirken, dass die vorgelegte Bäderzielplanung unter Beachtung der notwendigen Korrekturen für den Schul- und Vereinssport gemäß dem „Gesamt-Fazit Bäderkonzept/Bäderzielplan KölnBäder GmbH ab 2011/2012“ umgesetzt wird, unter der Maßgabe, dass der Schwimmbetrieb für das Schul- und Vereinsschwimmen erst mit Anfang des 2. Schulhalbjahres 2011/2012 (ab 10.02.2012) von Nippes zum Lentpark bzw. von Weiden zum Stadionbad verlagert wird.

Eine Aussage zu finanziellen Verpflichtungen der Stadt Köln, u. a. auch Gebührenerhöhungen, wird nicht getroffen. Sie können nur Gegenstand der Haushaltsplanberatungen sein.

Das Bäderkonzept wird weiter fortgeschrieben und jährlich dem Sportausschuss vorgelegt. Dabei sind insbesondere demografische Entwicklungen zu berücksichtigen und daraus notwendige Konsequenzen zu ziehen (Modernisierung, Abbruch, Neubau von Bädern).“

**Abstimmungsergebnis:**

Mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion ProKöln mehrheitlich zugestimmt.

**5.11 Planungsaufnahme zur Errichtung einer Küche mit Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die offene Ganztagschule (OGTS), sowie den Anbau einer Aufzugsanlage für die Gemeinschaftsgrundschule GGS Ernstbergstr. 1, 50765 Köln (Blumenberg) 2918/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung beschließt an der Gemeinschaftsgrundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln – Blumenberg, die Errichtung einer Küche mit

Mensa und den erforderlichen Nebenräumen für die OGTS sowie den Anbau einer Aufzugsanlage und beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung nach gesicherter Finanzierung aufzunehmen.

Der Planung ist das in der Anlage beigefügte Raumprogramm der OGTS einer 3 – zügigen Grundschule zu Grunde gelegt, wobei der Ganztagsaufenthaltsbereich bereits im Bestand vorhanden ist (s. Anlage 1). Entwurfs-, funktional- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf einen 2. Durchgang, sofern die Bezirksvertretung Chorweiler und der Finanzausschuss dem Beschlussentwurf unverändert zustimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **5.12 Intensivierung der Schulsozialarbeit aus Mitteln des "Bildungspaketes" der Bundesregierung 3812/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass alle 87 zusätzlichen Sozialarbeits-Stellen an den einzelnen Schulen in der Anlage schulscharf und mit den zu Grunde gelegten Kriterien aufgelistet sind. 2/3 davon sollen an Grundschulen mit freien Trägern (in der Regel den OGTS-Trägern) angestellt werden, 1/3 an weiterführenden Schulen, angestellt von der Stadt Köln. Wie das Gesamt-Bildungspaket sind auch diese Stellen bis 2013 befristet, weil auch die Grundfinanzierung aus dem Bildungspaket, 8,5 Millionen Euro, befristet ist. Mit dem Bund wird man anschließend Verhandlungen um die Fortsetzung dieses Paketes aufnehmen. Der Bund ist der Meinung, dass die Kommunen das dann aus eigenen Mitteln bezahlen sollen. Der Start der Ausweitung ist zum 01.11. dieses Jahres geplant, sofern die Vorlage im Rat so beschlossen wird.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, meldet sich, dass seine Fraktion die Ausweitung der Schulsozialarbeit gut findet, doch bittet er darum, sich auch Gedanken über die weitere Finanzierung dieser Stellen zu machen. Er fragt, ob das Programm eingestellt werden muss, wenn es vom Bund nicht weiter bezahlt wird.

Frau Dr. Klein erklärt in diesem Zusammenhang, dass jetzt auch bereits bestehende Stellen über das Bildungspaket finanziert sind. Das Risiko, rund 130 Sozialarbeitsstellen an Kölner Schulen einzusparen, dient auch als Verhandlungsposition der kommunalen Seite gegenüber dem Bund. Im Hinblick auf die Haushaltssituation ist das auch legitim, weil die Stadt Köln das nicht mit eigenen Mitteln schaffen kann.

Auch Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, begrüßt die Ausweitung der Sozialarbeit an den Schulen. Er hat jedoch Probleme damit, dass die Stellen der Schulsozialarbeit neuerdings im Bereich der Schulverwaltung angebunden werden sollen. Dies hat eine enorme Unruhe unter den Schulsozialarbeiter/innen ausgelöst. Es muss gewährleistet bleiben, dass auch weiterhin Supervision durchgeführt wird, Handgelder zur Verfügung stehen und die Anbindung an die Jugendhilfe bestehen bleibt. Auch die Neutralität der Sozialarbeit ist noch genauer zu klären: Es darf nicht sein, dass Schulsozialarbeiter/innen der jeweiligen Schulleitung bzw. dem Schulverwaltungsamt weisungsgebunden sind.

Dazu stellt Frau Dr. Klein klar, dass es sich bei der Anbindung an die Schulverwaltung um eine organisatorische Entscheidung handelt. Die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe bleibt gewährleistet. Die Schulsozialarbeit ist jetzt zu 100% Bildungspaket und das Bildungspaket ist bei der Schulverwaltung angesiedelt. Tatsächlich soll die Schulsozialarbeit an den Schulen auch darauf hinwirken, dass die Anträge aus dem Bildungspaket gestellt werden. Das SGB VIII eröffnet durchaus die Möglichkeit, den Auftrag der Schulsozialarbeit im Bereich der Schulverwaltung abzubilden, was viele andere Kommunen auch mit Erfolg tun. Ein positives Beispiel hierfür ist die Stadt Bonn.

Frau Manderla bestätigt, dass einige Schulen beunruhigt sind, weil sie bisher nicht informiert wurden.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, stellt fest, dass die SPD die Vorlage als solches unterstützt und lobt besonders die klare Aufteilung von Primar- und Sekundarbereich und die sehr transparente Aufschlüsselung der Kriterien. Auch die besondere Förderung des Grundschulbereiches begrüßt er. Mit Sorgen sieht er hingegen auf das Jahr 2014, wenn die Folgekosten dieser Maßnahmen nicht übernommen werden. Gleichwohl müssen die Stellen schnell besetzt werden mit geringen Nachlaufzeiten, um die hohe Erwartungshaltung der Schulen, die mit dieser Vorlage geweckt wurde, auch zu erfüllen. Er bittet deshalb darum, große Ressourcen zur Besetzung der aufgelisteten Stellen einzusetzen.

Auch Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, sieht die Verstärkung der Schulsozialarbeit an den Schulen als den richtigen Weg. Sie erinnert aber daran, dass Schulsozialarbeit ein Instrument der Jugendhilfe ist und dieses auch bleiben muss. Dies muss bei der organisatorischen Ansiedlung bei der Schulverwaltung im Hinterkopf behalten werden. Positiv sieht sie, dass mit der besonderen Unterstützung von GU-Schulen durch Schulsozialarbeiter gemeinsamer Unterricht zum Anreiz gemacht wird. Sie schlägt vor, dass auch an den **weiterführenden** Schulen, wo es bereits erfolgreiche Träger für Sozialarbeit gibt, die Sozialarbeit bei diesen angebunden wird und nicht bei der Kommune.

Frau Dr. Klein beruhigt, dass mit der neuen Vorlage ein bestehendes System fortgeschrieben wird. Die Anbindung bei der Kommune bedeute auch eine flexiblere Einsatzmöglichkeit, falls Schulsysteme sich verändern.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, ergänzt noch, dass sie in Bezug auf die auf Seite 5 in der Anlage 1 aufgelisteten bestehenden Sozialarbeits-Stellen eine hohe Diskrepanz zwischen einzelnen Schulen feststellen muss und bittet um eine Erklärung dafür.

Frau Dr. Klein sagt dazu, dass dies zum Teil historisch gewachsen ist, wobei die Größe der Schule bzw. die Schülerzahl eine Rolle gespielt hat.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, möchte wissen, wo sie die auf Seite 4 der Vorlage angekündigten „Ergänzungen zu den Empfehlungen des Bundes“ finden kann.

Frau Dr. Klein antwortet, dass die ergänzenden Auswahlkriterien der Stadt Köln -wie zum Beispiel „Gemeinsamer Unterricht“ und „Aufnahme von Seiteneinsteigern“- in den Anlagen aufgeführt sind.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, fragt in Bezug auf die aufgeführten Berufskollegs, die zum Teil über überbetriebliche Träger bereits Schulsozialarbeiter/innen haben, ob mit den Schulleitungen gesprochen wurde.

Frau Dr. Klein erklärt, dass es sich bei der Vorlage um einen Entwurf der Verwaltung handelt, der insbesondere im Grundschulbereich mit der Schulaufsicht abgesprochen ist, aber noch nicht mit einzelnen Schulen.

Frau Kellinghaus-Klingberg, sachkundige Einwohnerin, ist Schulsozialarbeiterin an der Gesamtschule Holweide und möchte wissen, durch wen die fachliche Aufsicht erfolgen soll.

Die Berufskollegs nehmen bisher eher wenig zieldifferente Kinder auf. Die Frage „Welche Berufskollegs engagieren sich für zieldifferente Schüler/innen und wollen inklusiv werden?“ kann als zusätzliches Kriterium bei der Zuteilung neuer Stellen für Sozialarbeit genommen werden.

Außerdem fragt sie: Welche Träger sind gemeint? Sind da auch Migrantenträger dabei?

Frau Dr. Klein nimmt Stellung, dass die Fachaufsicht wie bisher geregelt bleibt, allerdings in der Organisationsstruktur an die Schulverwaltung angebunden.

Die Anregung, Inklusionswillen der Berufskollegs als mögliches Kriterium anzusetzen, wird aufgenommen.

Als Träger kommen im Kern die vorhandenen Träger aus dem Bereich der Offenen Ganztagschule in Betracht, es sei denn, diese wünschten mangels eigener Erfahrung im Einzelfall die Übertragung der Arbeitgeberfunktion auf einen erfahreneren Träger.

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, fordert für den Integrationsrat, dass interkulturelle Kompetenzen als ein wichtiges Kriterium für die Auswahl der einzustellenden Sozialarbeiter/innen gewählt wird, damit ein besserer Zugang zu problematischen Familien gewährleistet ist.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass dies auch im Sinne der Verwaltung ist und gerne aufgegriffen wird.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt

1. die Zusetzung von Stellen für Schulsozialarbeit aus Mitteln des Bildungspakets des Bundes in folgendem Umfang ab 1.11.2011, befristet bis zum 31.12.2013:

a) 58 Stellen für Schulsozialarbeit in freier Trägerschaft an weiteren 58 Grundschulen und 4,67 Stellen für Schulsozialarbeit zur Aufstockung bestehender Teilzeitstellen an Grundschulen auf ganze Stellen (ebenfalls in freier Trägerschaft) gemäß Anlage 1.

Hierzu werden anerkannte Träger der freien Wohlfahrtspflege mit der Durchführung beauftragt, bzw. die bereits bestehenden Vereinbarungen angepasst. Die Trägerzuschüsse für die Schulsozialarbeit an Grundschulen werden analog zum bisherigen Verfahren mit 55.000 € je Fachkraft plus 1.200 € Sachmittel bemessen. Die Träger erhalten zudem Regiemittel in Höhe von 7,5% der Personal- und Sachkosten je Stelle (s. Anlage 4). Zur Durchführung der Schulsozialarbeit an den 58 neuen Schulen sollen vorrangig Ganztags Träger ausgewählt werden. Voraussetzung ist, dass die Träger anerkannte Träger der Jugendhilfe sowie einem Wohlfahrtsverband angeschlossen sind. Der Einsatz der Stellen und der Trägerzuschüsse ist mit Auslaufen der Bundesförderung zum 31.12.2013 befristet.

b) 16,5 Stellen in der Bewertungsgruppe S 12 für Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen, 1,5 Stellen in S 12 an den 3 kommunalen Förderschulen Sprache, sowie 6,5 Stellen an Berufskollegs gemäß Anlage 1, jeweils befristet bis 31.12.2013 sowie 2

Stellen in der Bewertungsgruppe S 12 und 0,5 Stellen A 6 BBO zur fachlichen und administrativen Unterstützung, ebenfalls befristet bis 31.12.2013. Die Stellen werden zum Stellenplan 2012 eingerichtet. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2012 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

2. im Rahmen einer Anschubfinanzierung den 93 Schulen, die zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit erhalten, einmalig in 2011 je Schule 5000 € für die Ausstattung der notwendigen Arbeitsplätze aus den Mitteln des Bildungspakets gemäß Anlage 4 zur Verfügung zu stellen.

3. die Refinanzierung der bereits bestehenden Schulsozialarbeiterstellen an Grundschulen und weiterführenden Schulen in freier bzw. kommunaler Trägerschaft für den Zeitraum 1.1.2011 bis 31.12.2013 gemäß Anlage 4.

4. die Finanzierung der für die Zuwendungen an die Träger und für die städtischen Personal- und Sachaufwendungen notwendigen Mittel in Höhe von insgesamt 4.014.081 € für das Haushaltsjahr 2011, in Höhe von insgesamt 8.343.734 € für das Haushaltsjahr 2012 und in Höhe von insgesamt 8.343.734 € für das Haushaltsjahr 2013 aus der anteiligen Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung (2,8%) für Schulsozialarbeit sicherzustellen.

Der Rat beschließt die zusätzlich erforderlichen Mittel für 2011:

a) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, in Höhe von 149.316,67 €

b) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 10.316,67 €

c) überplanmäßige, zahlungswirksame Mehraufwendungen im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, in Höhe von 687.220,63 €

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge in gleicher Höhe im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, TPZ 2, Zuwendungen und allg. Umlagen;

d) überplanmäßige Mehrauszahlungen im Teilfinanzplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Zeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen in Höhe von 372.000 €

Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen in gleicher Höhe im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit, Zeile 1, Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen.

Die Veranschlagung für die HHj 2012/ 2013 erfolgt im Veränderungsnachweis zum Hpl-Entwurf 2012 im Teilplan 0604 – Kinder- und Jugendarbeit.“

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen.

## **6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**

### **6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen**

### **6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden**

### **6.3 Mitteilungen der Verwaltung**

#### **6.3.1 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2010 2172/2011**

Die Mitteilung wurde in der Sitzung vom 27.06.2011 als Tischvorlage vorgelegt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.2 Stellen Schulsozialarbeit 2606/2011**

Die Mitteilung wurde in der Sitzung vom 27.06.2011 als Tischvorlage vorgelegt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.3.1 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl- Marx-Allee 2630/2011**

Die Mitteilung wurde in der Sitzung vom 27.06.2011 als Tischvorlage vorgelegt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.3.2 Herkunftssprachlicher Unterricht an der Henry-Ford-Realschule Karl- Marx-Allee 3300/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.4 Außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln für das Bildungspaket in 2011 2680/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.  
Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.5 Konsequenzen aus der verfehlten Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt Deutschlands - Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen vom 28.03.2011 - 2724/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, fragt nach, ob es Erkenntnisse darüber gibt, dass die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule schlechter wird.

Frau Dr. Klein kann dies nicht bestätigen: Zwar wurde das ursprüngliche Programm, dass uniformierte Polizisten die Schulen besuchen und dort unterrichten, vor etwa 5 Jahren eingestellt, doch gibt es sonst nur gute Erfahrungen. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule sieht heute anders aus als früher.

Frau Riedel konkretisiert, dass es ihr um die Präsenz der Polizisten vor Ort gehe. Sie bittet darum, bei den Gesprächen mit der Polizei darauf hinzuwirken, dass mehr zeitliche Kapazitäten dafür eingeräumt werden.

**6.3.6 Programm "Mittagspause PLUS" - Standards - 2454/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.7 Schulpolitischer Konsens in Nordrhein-Westfalen - die neue Sekundarschule  
Bezug: Gemeinschaftsschulen für Köln, 2. Antragsrunde; Vorlagennummer 2418/2011  
3017/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.8 Sport in Metropolen - Netzwerk Sport und Bewegung Nippes  
hier: 3. Aktionstag "Mach Sport - vor Ort - Sportvereine lassen Schüler schnuppern"  
3405/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.9 Sachstandsmitteilung zum Bildungspaket  
3166/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.10 Angebotsübersicht der RAA für das 2. Halbjahr 2011  
3501/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.11 Einschulungshilfe für Schulanfänger zum Schuljahr 2011/2012  
3657/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, empfindet die Zahl von lediglich 178 bzw. 279 Anträgen auf Einschulungshilfe im Hinblick auf die Anspruchsberechtigten als sehr gering und weist darauf hin, dass dort ein Problem besteht, an dem die Verwaltung noch arbeiten muss.

Frau Dr. Klein bestätigt dies.

**6.3.12 Neue stellvertretende Leiterin der RAA  
3499/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Kerstin Simon stellt sich persönlich vor.

Frau Senol, Fraktion Die Linke, erwähnt anerkennend, dass Frau Simon ein sehr gutes Türkisch spricht.

**6.3.13 Jahresbericht 2010 des Amtes für Weiterbildung  
3750/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.14 Bewertung von bildung.koeln.de durch Stiftung Warentest  
3763/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, möchte genauer wissen: Wer wurde im Einzelnen getestet? Wie viele Städte wurden getestet?

Frau Dr. Klein sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

**6.3.15 Erprobung neuer Strukturen und Systeme anhand des Pilotbereiches  
"Campus Deutz"  
3293/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

**6.3.16 Maßnahmen zur Versorgung des starken Abschlussjahrgangs 2013  
(Doppelabiturjahrgang)  
2345/2011**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, weist darauf hin, dass unter „3.“ mögliche Verdrängungseffekte auf Real-, Haupt- und Förderschulen in den Blick genommen werden. Dieses Problem taucht später beim Sachstand nicht mehr auf. Das Problem darf aber nicht aus den Augen verloren werden, weil die Betriebe sich gerne anders entscheiden und das dazu führen kann, dass diese Schüler/innen später keine Arbeitsstelle bekommen.

**6.3.17 Projektbeginn Mülheim 2020  
3843/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, fragt in diesem Zusammenhang an:  
1. Stimmt es, dass in Mülheim die schulische Sprachförderung ein anderer Träger macht als die vorschulische Sprachbildung?

Ist es richtig, dass die vorschulische Sprachförderung in Mülheim durch das Rucksack-Projekt und die schulische Sprachförderung durch das Mülheimer Bildungsbüro erfolgt?

2. Gibt es Probleme, genug Stadtteilmütter zu bekommen?

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

**6.3.18 Sanierung der Toilettenanlagen in Schulen  
Sachstandsbericht Stand 20.07.2011  
3906/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

**6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sa-  
nierung und Neubau  
3884/2011**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

## 7 Anfragen

**Frau Riedel**, sachkundige Einwohnerin, interessiert im Zusammenhang mit den 13 neuen „Sportschulen in NRW“:

1. Gibt es Planungen für die sportbetonten Schulen in Köln und wenn ja: Welche?
2. In Bezug auf die Lernmittelfreiheitsgesetz-Mittel heißt es, dass die den Schulen zugesagte Hälfte der eingesparten Mittel für das letzte Schuljahr noch nicht freigegeben werden, weil die politischen Gremien noch entscheiden müssen. Wer entscheidet das und wie wird es entschieden?

Frau Heuer erwähnt, dass hier eine pauschalierte Freigabe durch den Finanzausschuss erforderlich ist, der die Verwaltung nicht vorweggreifen darf. Eine Prognose ist derzeit noch nicht möglich. Die Verwaltung hat aber keinen Grund anzunehmen, dass die Entscheidung anders als früher ausfällt.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass das Konzept der Sportschulen vor 2 Wochen eingegangen ist und derzeit von der Verwaltung geprüft wird. In Köln gibt es den „Verbund sportbetonter Schulen“, die in diesem Zusammenhang ins Blickfeld rücken. Die Auslobung ist jedoch nicht besonders hoch, aber nach der Bildung einer verwaltungsinternen Meinung wird man auf die Schulen zugehen, um sich an diesem Programm zu beteiligen.

**Herr Thelen**, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, hat gerüchteweise von Altlasten auf dem Gelände der neu zu errichtenden Gesamtschule in Longerich erfahren und bittet die Verwaltung um Stellungnahme dazu.

Herr Kaven, Gebäudewirtschaft, verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass vor 10 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz ein Schadstoff-Kataster für alle städtischen Grundstücke im Sondervermögen der Gebäudewirtschaft erstellt wurde. Da das Gelände darin nicht aufgeführt ist, muss man davon ausgehen, dass es nicht schadstoffbelastet ist. Sollten sich jedoch konkrete Anhaltspunkte für eine Schadstoffbelastung des Geländes in Longerich ergeben, so wird die Gebäudewirtschaft das Amt für Umweltschutz und das Gesundheitsamt beteiligen und die nötigen Schritte ergreifen.

**Frau Habets**, Evangelische Kirche, will von Mitarbeitern der Gebäudewirtschaft gehört haben, dass es ab Ende dieses Jahres bei der Gebäudewirtschaft finanziell eng würde und möchte wissen, welche Auswirkungen das auf die Grundschule in der Honigschaftsstraße hat.

Herr Kaven, Gebäudewirtschaft, erklärt einleitend zu seiner Antwort, dass die Verwaltung wie bekannt zweigeteilt arbeitet: Im Hinblick auf die Beauftragung von Neubauten und Schulersatzbauten müsse diese Frage an das Schulverwaltungsamt gerichtet werden. In Bezug auf Sanierungen und Bauunterhaltungen, die von der Gebäudewirtschaft durchgeführt werden, sei es schwer möglich, die Entwicklungen der nächsten Jahre vorauszusagen. Drastische Einschränkungen der Bauunterhaltungsmittel seien aber jedenfalls in der nächsten Zeit nicht zu erwarten.

## 8 Verschiedenes

\_\_\_\_ gez. Manderla \_\_\_\_\_

Manderla  
Vorsitzende

\_\_\_\_ gez. Bernecker \_\_\_\_\_

Bernecker  
Schriftführer

Anlagen:

-Anlage 1: Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann aus der Sitzung vom 27.06.2011 zu den Schulsekretärinnen (3911/2011)